

»Galileo« im Störfeuer
USA drohen Europäern, im »Krisenfall« Satellitennavigationssystem unbrauchbar zu machen. Heftiger Streit mit Brüssel

Rainer Rupp

US-Präsident George W. Bush hat dem Pentagon befohlen, Pläne auszu- arbeiten, um nicht nur den zivilen Teil des »Global Positioning System« (GPS) im Falle einer »nationalen Krise« vorübergehend abzu- schalten, sondern auch »ähnliche Systeme, die von anderen Nationen betrieben werden«. Damit können nur die EU und Rußland gemeint sein, die über solche Systeme verfügen bzw. sie entwickeln. Mit der Maßnahme sollen angeblich »Terroristen« daran gehindert werden, die weitverbreitete GPS-Technologie zu nutzen. Eine entsprechende Direktive habe Bush bereits am 8. Dezember unterschrieben, ließ das Weiße Haus jetzt wissen.

Das unter Hoheit des Pentagon stehende GPS basiert auf einem Netz von 28 geostationären Satelliten und erfüllt militärische und zivile Funktionen. Einerseits werden damit z. B. US-Bomben und Raketen ins Ziel gelenkt, andererseits können zivile Benutzer des offenen und kostenlosen GPS-Signals rund um den Globus auf Land oder auf hoher See ihren Standort bis auf etwa 20 Meter genau bestimmen. Insbesondere in der weltweiten zivilen Luftfahrt und Handelsmarine ist GPS inzwischen überlebenswichtig geworden.

In seiner militärischen Nutzung ist GPS auf ein bis drei Meter genau. Auch Rußland verfügt über ein ähnliches, aber weniger weltumspannendes System, das es von der Sowjetunion geerbt hat. Für zivile Anwendungen scheint es nicht zur Verfügung zu stehen. Dagegen soll das 3,5 Milliarden Euro teure europäische Galileo-System hauptsächlich zivilen Zwecken dienen. Ab 2008 soll das mit 30 Satelliten arbeitende, dem US-GPS technisch überlegene, aber dafür kostenpflichtige Galileo-System mit einer Genauigkeit von einem Meter dem zivilen GPS Konkurrenz machen. Bereits nächstes Jahr soll der erste Satellit ins All geschossen werden. China, Indien und andere Länder haben zum Leidwesen der USA inzwischen Interesse bekundet, sich mit Investitionen am Galileo-Projekt zu beteiligen.

Bereits Anfang des Jahres hatte es zwischen der EU und den USA, die ein unabhängiges europäisches System mit allen Mitteln verhindern wollen, heftigen Streit gegeben. Insbesondere der französische Präsident Jacques Chirac, der vor einem europäischen »Vassallen- status« gewarnt hatte, setzte sich jedoch für die Durchführung des Projektes ein. Im Frühjahr war es daraufhin zu einer Einigung gekommen, bei der Brüssel gegenüber Washington zu etlichen Konzessionen gezwungen wurde. So erklärte sich die EU u. a. bereit, die Frequenzen für Galileo zu ändern, um amerikanische Bedenken auszu- räumen, daß die vom US-Militär genutzten GPS-Frequenzen von Gallileo überlagert und so US-Kampfeinsätze gefährdet werden könnten.

Im Herbst spitzte sich der Streit weiter zu. Bei einer Konferenz

des britischen Militärinstituts Royal United Services am 11. Oktober kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Europäern und US-Amerikanern, nachdem letztere gedroht hatten, gegen Galileo »unumkehrbare Maßnahmen« zu ergreifen, um »feindlichen Kräften« im Krisenfall den Zugang zu Galileo zu verweigern.

Noch vor wenigen Jahren hatte Washington die Entwicklung von Galileo mit dem Versprechen zu verhindern gesucht, daß die USA niemals GPS abschalten würden. Das hat Washington inzwischen bereits zweimal getan, wenn auch regional beschränkt - während der Angriffskriege gegen Jugoslawien und Irak. Wenn das Weiße Haus nun plant, auch die Systeme befreundeter Länder abzuschalten, ist dies völkerrechtlich zweifelsfrei ein kriegerischer Akt.

junge Welt vom 18.12.2004

